

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1 Mt., vierteljährlich 3 Mt.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mt., vierteljährlich 4,50 Mt. — Preis- und Verlagsbedingungen...

Bergwerksdebatten im preussischen Landesparlament.

Statt der vorgesehenen zwei hat die Preussische Landesversammlung vier Tage über den Bergwerkselast und die damit zusammenhängenden Fragen debattiert.

Von den Beschlüssen der Staatshaushaltskommission sind auch in den Sitzungen der Volksversammlung (8., 10., 11. und 12. November) folgende für die Bergarbeiter wichtigsten von den Mehrheitsparteien (Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten) angenommen worden: die Staatsregierung solle dahin wirken, daß

- 1. möglichst bald in allen Bergwerken, Stütten- und Salinenbetriebe...
- 2. die im Bergbau, Stütten- und Salinenbetriebe Beschäftigten...
- 3. der Gefahr des Steinraubes in den Bergwerken ständig eine große Aufmerksamkeit gewidmet wird...
- 4. für die Arbeiter in den staatlichen Bergwerken, Stütten und Salinen...
- 5. auch die Bergarbeiter in den ländlichen Industriebezirken...
- 6. die Anwaltschaften und Bergmannskammern...
- 7. die Berufskrankheiten des Bergmannes...
- 8. unächst bald ein Reichsberg- und Knappheitsgesetz erlassen wird;
- 9. besonders bergmännische Fortbildungsschulen zu errichten...
- 10. dafür Sorge zu tragen, daß allen Bergleuten Gelegenheiten gegeben...
- 11. auf die Reichsregierung einzuwirken, daß die Reichsheilungsstellen...
- 12. bei der Bergwerksindustrie dahin zu wirken, daß in jedem Bergbaubetrieb...
- 13. die Fortbildungspflicht möglichst bald für die bergmännische Jugend...
- 14. im Ministerium für Handel und Gewerbe ein besonderes Department...
- 15. dahin zu wirken, daß die Bergwerbestatistik überall mit je zwei...
- 16. umgeben mit den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter...

Der von der Kommission angenommene Antrag der Bergarbeitervertreter, ab 1. Oktober 1919 die 6 1/2- und ab 1. Januar 1920 die sechsstündige Schicht auf dem Wege internationaler Vereinbarung einzuführen...

die Regierung solle möglichst bald durch internationale Verhandlungen die 6 1/2- bzw. die sechsstündige Bergarbeiterarbeit zur Einführung bringen.

Kamerad Gusemann konnte mitteilen, es bestesse gute Aussichts, daß sich bald die Bergarbeiterinternationaler mit der Einführung der sechsstündigen Schicht für Untertagsarbeiter beschließen werde.

Dem sozialdemokratischen Antrag, die Bergschulen sämtlich unter staatliche Verwaltung zu stellen, stimmten die bürgerlichen Parteien nicht zu.

diesem Rückfall in die Politik des früheren Dreiklassenparlamentes ernstlich gewarnt werden! Nun die Reichsverfassung das Bergrecht der reichsgesetzlichen Regelung unterstellt habe...

Diese Differenz zwischen den für die Regierung verantwortlichen Mehrheitsparteien gewann eine besondere Wichtigkeit durch die Tatsache, daß sich die Mehrheit der Unabhängigen, die Abgeordneten Ludw. Hagen und A. Hoffmann vollständig auf den von Gue vertretenen Standpunkt stellten.

Das zeigte sich auch bei der Bergwerksdebatte. Kamerad Schudy (Wurmbereich) trat in kameradschaftlicher Weise für die Interessen der aus dem besetzten linksrheinischen Gebiet ausgewiesenen Arbeiter ein, ohne sich dabei im geringsten in eine parteipolitische Polemik einzulassen.

Dagegen spielten die deutschnational-konservativen und konservativen-nationalliberalen Abgeordneten H. Hagen, Martin-Witten, Tegeder-Gerne und Langer-Derhausen die Debatte direkt auf das parteipolitische Gebiet hinüber.

Kamerad Frank-Ratkowitsch hielt den Ankläger der Revolution ein Spiegelbild vor, das ihnen gar nicht gefiel, daher ihr oft tosender Lärm.

Natürlich lärmten die Nachfolger der einschüchelten Gewalt-haber von ehemals, als so die wahren Schuldigen an dem, was das Volk erduldet, an den Bräutigam geworfen wurden.

daß sie sich heute als die „wahren Arbeiterfreunde“ aufspielen. Der Bergarbeiter weiß, daß er unter dem alten System erdulden mußte, er weiß auch, daß es jetzt gilt, mit fester Entschlossenheit und kameradschaftlicher Einigkeit auf der Wacht zu stehen...

Regalabgaben für die Knappheitsstellen.

Die Abg. Gue, Gusemann, Limberg, Frau Gräfe, Franz-Ratkowitsch, Hoff, Schudy, Kaufmann, Luybenburg, Garbe und Schwarz haben in der Preussischen Landesversammlung folgenden dringenden Antrag eingebracht:

Die verfassunggebende Preussische Landesversammlung wolle beschließen: die Staatsregierung zu ersuchen, mit künftiger Bestimmung den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch welches die Privatregeant-halter im ganzen Staatsgebiet verpflichtet werden, bis zur reichsgesetzlichen Regelung dieser Materie die Regalabgaben, einschließlich der im Jahre 1919 fällig gewordenen, an die Knappheitsstellen der berr. Gebiete zwecks Verbesserung der sehr niedrigen Jubiläumspensionen, Waisen- und Wittengeldder, abzuführen.

Gusemann zum Berghaushalt.

Die umfangreichste Rede bei der Beratung des Berghaushalts hat unser Kamerad Gusemann gehalten, die wir darum in ihren wichtigsten Teilen folgen lassen:

Meine Damen und Herren, der Herr Reichstagsabgeordnete hat in seinem Bericht schon darauf hingewiesen, daß der Berghaushalt, wie er uns vorliegt und jetzt verabschiedet werden soll, sehr wenig überblicklich ist.

Dann ist es aber wohl auch notwendig, daß die Uebersichten über das verkloppelte Jahr früher an das Haus kommen, als es jetzt üblich ist.

In dem Bericht des Herrn Reichstagsabgeordneten ist hervorzuheben, daß es wenig Zweck habe, auf die Zahlen einzugehen, die uns im Etat unterbreitet worden sind.

Zunächst steht fest, daß der staatliche Bergbau auf der Saar zum letzten Male im Etat erscheint, weil der Saarbergbau nach dem Friedensvertrage in französische Verwaltung übergeht.

Uebrig sind dazu noch wenig Anlässe vorhanden. Wenn man daran denkt, daß selbst auf den Staatsrechnen in Westfalen die Lasten fast ausschließlich auf das Ergebnis nicht erfreulich ist, dann muß man doch fragen, woher es kommt, daß die westfälischen Bechen selbst in Friedenszeiten — die Kriegszellen, die Zeiten nach der politischen Umwälzung ganz ausgenommen — bisher noch nicht das Ergebnis gebracht haben, das letzterzeit bei der Erwerbung in Aussicht gestellt worden ist.

Über ein Betriebsrat und zwar der Reichlichen Jede Schöben, hat sich bemüht, Material herbeizuschaffen, und hat darauf hingewiesen, daß zunächst auch auf den Staatsrechnen wie überall in den letzten Jahren Abbau gerieben sei, daß die technischen Einrichtungen nicht mehr so auf der Höhe seien, daß z. B. am 1. Juni d. J. 13 Prozent des gangen Fördererzeugnisses unbrauchbar war und mit diesem Material nichts gemacht werden konnte, und daß ferner auch die maschinellen Anlagen, wie Heilungsanlagen, Aufbaumittelanstalten, Kesselanlagen usw. abgearbeitet waren, und daß darunter das Ergebnis des Betriebes, die Förderung usw. ungeheuer gelitten hat.

Ferner wird darauf hingewiesen, daß auch ein unbilliger Zustand in Bezug auf das Jubiläumserwerbvermögen im Bergbau auf den staatlichen Rechen Platz gegriffen habe. Es ist mehr als einmal vorgekommen, daß Unternehmer zusehends aus der Rechenliste ausgelassen bekommen haben.

Das trifft nicht nur für die staatlichen Rechen an der Ruhr, sondern auch für die obersteiflichen Rechen zu. Dort ist jetzt der eigenartige Zustand zu verzeichnen, daß der Unternehmerverband, dem auch die staatliche Bergwerksverwaltung angeschlossen ist, beschließen hat, das Jubiläumserwerbvermögen abzubauen.

Nun ist über die Frage der Böhmer, die von Herrn Abgeordneten Mittel begründet worden ist, und der Röhrenlinie schon heute...

und noch viel mehr Fallsches und Dörliches geschrieben und geredet worden. (Sehr richtig! links.) Leider kommt selbst in namhaften Zeitungen vor. Ich erinnere nur an das Berliner Tageblatt, Morgen- ausgabe vom 4. November, wo auch diese Frage behandelt wurde, und wo auch wieder neben manchem Wahrem eine ganze Portion Fallsches zu lesen war. Wenn da z. B. darauf hingewiesen wird, daß an der Unreinheit der Kohle auch die Verschmutzung der Arbeit- oder Bedingungs- arbeit Schuld sei; darüber muß jeder Sachkenner lachen. (Sehr richtig! links.) Denn im Bergbau ist die Arbeit- und Bedingungsarbeit gar nicht abgeheftet worden. (Sehr richtig! links.)

Die Bergarbeiter machen sich, wenn sie derartige hören, über eigenen Gedanken und sagen sich: Was wird da für dummes Zeug über unsere Verhältnisse geschrieben! Auch hier im Hause ist diese Frage mehrfach erörtert worden, und außer der heutigen Aussprache hat zuletzt am 19. September der Abg. Veldig darauf hingewiesen, daß nach seiner Meinung der Förderung im Zusammenhang mit der Revolution stünde. Das ist eine beliebige und leichtere Weise, alles Ungehörige unserer Tage auf die Revolution zurückzuführen. (Sehr wahr! links.) Aber die Herren, die das heute tun, haben kein Recht, eine solche Behauptung aufzustellen. In Wirklichkeit ist es wesentlich anders. Die Revolution haben wir nur bekommen, weil wir den schrecklichen Krieg mit allem seinem Sturm und Drang erleben mußten, und weil er in unserem Volke so herbeend geliebt hat. (Widerstand rechts.) Werheret hat die Revolution die Herren von der Rechten und auch die, die früher in diesem Hause die Gesetze über die Bergarbeiter gemacht haben. (Sehr richtig! links.) Es war so weit gekommen, daß zu dieser Gesetzmache, die in diesem Hause früher war, die Bergarbeiter nicht das geringste Vertrauen haben konnten. (Sehr wahr! links.) Und vorberet hat die Revolution auch die Nachhaber, die Militärs, die in einer Weise im Bergbau während des Krieges gewirkt haben, daß sie ständig die Empörung der Bergarbeiter hervorriefen. Wer mit Ausschließung unter die Arbeiter tritt und glaubt, mit der gepanzerten Faust folgen zu dürfen, braucht sich über das, was nachher eintritt, nicht zu wundern.

Wenn die Revolution die Ursache der Förderung und der Hoffen wäre, dann frage ich, woher kommt es, daß auch in Ländern, wo keine Revolution gewesen ist, ebenfalls ein bedeutender Förderer- gang zu verzeichnen ist. (Sehr richtig! links.) In Belgien haben wir keine Revolution gehabt. Dort hatten wir 1918 eine durchschnittliche Monats- förderung von 1910/710 T., im Juni 1919: 1.646.420 T. In Amerika, wo auch keine Revolution war, war in der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1918 eine Förderung von 334 Millionen T. an Weich- und Brammsteine zu verzeichnen. In derselben Zeit 1919 wurden nur 250.478.000 T. gefördert, also eine Minderförderung von 83.522.000 T. An Antragskosten wurden in Amerika gefördert vom 1. April bis 30. Juni 1918: 33.433.000 T. und in derselben Zeit dieses Jahres nur 23.639.000 T., also eine Minderförderung von 4.800.000 T. In England betrug die Kohlenförderung 1914: 287 Mill. T., 1917: 252 und 1918 231 Mill. T., und schätzungsweise hat man in diesem Jahre eine Förderung von noch nicht mal 220 Mill. T. zu erwarten. (Sehr richtig! links.) Diese Zahlen zeigen doch, daß die Förderung nicht durch den Krieg gekommen ist; es müssen doch andere Ursachen vorhanden sein, die den Rückgang der Förderung in diesen Ländern und damit auch in Deutsch- land erklären, und da komme ich auf das zurück, was sich während der Kriegszeit abgezeichnet hat.

Zunächst sei es, daß auf Anweisung des früheren Handelsministers Dr. Sydow alles auf die Kohlenförderung eingestellt wurde, und zwar, nachdem das Hindernisprogramm eingeleitet worden war. Im be- rühmten Haushaltsaussschusses des früheren Abgeordnetenbauhauses hat man sich vom 23. bis 25. Oktober 1917 mit dieser Frage eingehend beschäf- tigt. Vorher hatte Herr Kollege Hue beantragt, daß über diese Frage nicht verhandelt werden sollte, sondern daß der Verhandlungs- ergebnis der breiten Öffentlichkeit unterbreitet werden sollte. Das ist damals sowohl von der Regierung wie von der Mehrheit des Haus- haltsaussschusses abgelehnt worden. (Sehr richtig! links.) Und nun hört Sie, was ein Kenner der Verhältnisse, der später besterhender Abgeordneter und Bergwerksdirektor Altjohann, in jener Sitzung als Ver- richterlatter ausgesprochen hat. Der Abg. Altjohann führte laut amtlichen Protokoll vom 23. Oktober, S. 4 folgendes aus:

„Der Brennstoffmangel reichte weit über das Jahr 1916 zurück. Um ihn zu beheben, sei man dazu übergegangen, die Gemeinheitsarbeiten, soweit es möglich sei, einzufrieren und die Arbeiter, die aus diesen Betrieben frei geworden seien, auf die Kohlengewinnung zu ver- legen. Es sei gesagt worden, daß diese Maßnahmen nicht in dem Umfang durchgeführt seien, wie es in Aussicht gestellt worden sei. Zur Überlegung werde er darauf hin, daß der Minister für Handel und Gewerbe Veranlassung genommen habe, die Oberbergämter zu einer Nachprüfung dieser Frage aufzufordern, und das Ergebnis die- ser Untersuchungen sei gewesen, daß diese Behauptung den tatsäch- lichen Verhältnissen nicht entsprechen habe. Man dürfe also annehmen, daß tatsächlich die Einstellung der Gemeinheitsarbeiten durchgeführt worden sei, soweit es sich nach den heutigen Verhältnissen habe recht- fertigen lassen. Die spezielle Maßnahme sei die Einstellung und Ein- sperrung der Betriebe in den weniger erträglichen Stößen und die Verlegung der frei werdenden Arbeiter auf die Stöße, die in der Ge- winnung wirtschaftlicher seien, gewesen. Dadurch sei erreicht worden, daß die Leistung größer geworden sei. Er wolle aber bemerken, daß sich die Gruben nur ungenügend auf diesen beiden Maßnahmen hätten berufen können, denn der Betrieb der Gruben, wie er jetzt vorgenommen werde, sei ausgeprochenen Raubbaus, der sich um so fortwährend in seinen Folgen äußern werde, je länger ein solcher Bau betrieben werde.“

Sie frage Sie, was nach diesen Feststellungen nun am dem Betriebe übrig bleibt, daß Raubbau nicht betrieben worden sei. (Sehr wahr! bei der Sozialdemokratischen Partei.)

Die Beweise für diese Behauptung sind aber noch nicht erschöpft, denn in einer späteren Sitzung des Haushaltsaussschusses vom 21. Febr. 1918, wo der Herr Präsident der Eisenbahnenverwaltung zur Verwaltung stand, hat der besterhender Abgeordnete Dr. Hirsch (Eisenb.), der als Handels- kammerpräsident tätig war, gesagt, daß die Förderung der Kohlenförderung eine Folge der Einschränkung der Aus- und Anrühmungsarbeiten sowie des Abbaus der besseren Stöße gewesen sei. Also hier ist das auch be- wiesen, und wenn Sie sich den amtlichen Bericht der Gewerkschafts- beamten und der Bergbehörden für die Jahre 1914 bis 1918 zur Hand nehmen und da die Berichte vor allen Dingen der Berginspektoren aus dem Ruhrgebiete studieren, dann werden Sie bei nicht weniger als neun Berginspektionen des Ruhrgebietes und auch noch bei einigen Berginspek- tionen von Oberflächen und Mittelbergbau finden, daß dort ähnliche Ausführungen gemacht worden. Der Herr Bergamt Mittelberg vom Bergrevier Hamm führt auf Seite 1263 des Berichtes aus, daß die Förderung auch dadurch gehoben wurde, daß die unproduktiven Arbeiten (Vorrichtungen usw.) zugunsten der reinen Kohlenförderung eingespart wurden, und der Bergamt Schmidt vom Bergrevier Gelsenkirchen fügt auf Seite 1420 aus:

„Zum Teil wurde die Leistung dadurch zu erhöhen versucht, daß man die bringendsten Aus- und Vorrichtungsarbeiten betrieb und die Sammelarbeiten in die erträglichen Stöße verlegte, um dem Mangel an Kohle nach Möglichkeit Abhilfe zu verschaffen.“

Also hier, aus diesen wenigen Auszügen aus den Berginspektions- berichten und aus den Berichten der früheren Abgeordnetenbauhaus, geht klar und klar hervor, was auch jeder Kenner der Verhältnisse, vor allen Dingen alle Bergarbeiter, feststellen können: daß während des Krieges Raubbau betrieben worden ist. (Sehr wahr! links.) Und dieses Raubbau mußte sich zeigen und hätte sich auch gezeigt, wenn die politi- sche Umwälzung nicht gekommen wäre. (Sehr wahr! links.)

Denn konnte ich auch gleich zu der anderen Frage, die ja heute und auch früher schon erörtert worden ist, zu der Frage der Förderung unserer Kohle. Aus den Ausstellungen, die ich hier zitieren habe, geht hervor, daß die Arbeit und die Förderung in den minderwertigen Stößen eingestellt wurde. Es geht daraus nicht nur die Förderung, auf den einzelnen Arbeiter berechnet, zurück, sondern es wird dadurch auch der Prozentfuß an unserer Kohle gelindert. Ferner geht auch aus den vorhin erwähnten Feststellungen hervor, daß die Vorrichtungsarbeiten zurückgelassen sind, daß nur das bringendste Notwendige auf diesem Gebiete geleistet wurde.

Ferner waren im Frieden 51,5 Prozent Gauer; jetzt sind es nur noch 45 Prozent. Die Maschinen, das Material, die Fördererzeugen und alle anderen Hilfsmittel sind auch nicht so ergänzt worden, wie es früher möglich und üblich war. Das alles mußte sich zeigen, und die Förderung mußte darunter leiden. Mehr als einmal ist in den Konferen- zen erklärt worden: wir können mehr Kohlen fördern, wenn wir mehr Letze haben können, wenn es nicht an Preiswert fehlt, wenn nicht die Materialien so knapp wären und wir danach suchen oder sie bestellen müßten.

Was dies alles auf die Kohlenförderung ein und machte die Kräfte auf die Höhe bringen, die wir jetzt leider durchzulassen haben. Aber das ist keine Folge der Revolution, der politischen Umwälzung, sondern

hauptsächlich eine Folge der vier Kriegsjahre, die auf unser Volk un- heilvoll eingewirkt und auch die Bergarbeiter nicht verschont haben.

Aus den Berichten der Vertrauensleute der Betriebe geht nun her- vor, daß eine Festigung in der Förderung eingetreten ist, und wir können alle mit hoffen, daß die ruhige Entwicklung nicht durch Eingriffe ge- stört wird, auch nicht durch solche, Herr Abgeordneter Reibel, daß man den Bergarbeitern das Streikrecht vorenthält. Zu einer ruhigeren Ent- wicklung gehören verschiedene Vorbedingungen. Die Steigerung der Kohlenförderung hängt sehr davon ab, wie die Arbeiterfrage im Berg- bau geregelt wird. (Sehr gut! links.) Die Bergarbeiter werden sich niemals wieder so unterdrücken und ausbeuten lassen wie früher. (Sehr richtig! links.) Sie wollen ein größeres Mitbestimmungsrecht haben, und ich kann alle, die bei der Verabredung des Betriebsvertrages in der Nationalversammlung mitgewirkt haben, nur dringend bitten, dahin zu wirken, daß das Mitbestimmungsrecht den Arbeitern nicht beschneidet wird, sondern daß es angemessen festgelegt wird.

Notwendig ist, daß in allen Revieren die Löhne tariflich geregelt werden. Wir können wohl hoffen, daß, nachdem es in dem größten Industriegebiet, an der Ruhr, für 420.000 Bergarbeiter gelungen ist, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich zu regeln, nun auch die anderen Reviere, wo das noch nicht der Fall ist, schnell folgen werden, und ich bitte die Staatsregierung, speziell die Bergwerksverwaltung, alles zu tun, um in den Revieren, die mit den Tarifverhandlungen noch im Aufstiege sind, auf die Unternehmer einzuwirken, dort aber, wo der Staat selbst als Unternehmer in Frage kommt, mit gutem Beispiel voranzugehen, damit die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeits- verhältnisse im ganzen preussischen Bergbau und darüber hinaus so schnell wie möglich vollzogen wird.

Damit im Zusammenhang steht dann auch die Frage der Regelung der Arbeitszeit. Im Haushaltsaussschuss ist ein Antrag angenommen worden, in dem gesagt ist, daß vom 1. Oktober d. J. ab die Arbeitszeit international geregelt und auf 6 1/2 Stunden, vom 1. Jan. 1920 auf 6 Stunden festgesetzt werden möchte. In dieser Frage konnte eine Ver- einbarung mit den übrigen bergbaurelevanten Ländern bisher nicht erzielt werden, und es ist m. E. auch ausgeschlossen, daß wir in Deutsch- land allein die Arbeitszeit für die unterirdischen Bergarbeiter auf sechs Stunden kürzen können; dazu ist eine Verständigung auf internationaler Grundlage unbedingt notwendig. Wir bitten deshalb, den Abgeordneten- Grundfrage, den wir eingebracht haben, zuzustimmen. Voraussetzlich wird die Internationale der Bergarbeiter in Wäls zusammenzutreten, und wir wollen dann hoffen, daß sie den ersten Anstoß dazu geben wird, diese wichtige Frage international zu regeln. Jeder gönnt unseren Berg- arbeitern bei ihrem schweren, gefährlichen Beruf diese längere Arbeits- zeit; es ist aber für Deutschland nicht möglich, allein auf dem Gebiete vorzugehen.

Eine weitere Frage für die Steigerung der Kohlenförderung liegt in der Lösung der Wohnungsfrage. Schon der Herr Minister hat dar- auf hingewiesen, wie ungebeurer Schmerz es ist, diese Frage in Wäls zu lösen. Wir wünschen nun aber, da es notwendig ist, dem Bergbau eine größere Anzahl von Arbeitskräften zuzuführen — um zu einer richtigen Förderung zu kommen, werden dem Bergbau 100.000 bis 150.000 Ar- beiter zugeführt werden müssen —, daß für eine ausreichende Wohn- ungs- und Unterhaltungsangelegenheit gesorgt wird, und da bitten wir dringend, nicht den früheren Weg zu beschreiten durch Bau von Arbeiter- kolonien, wie es die Unternehmer wünschen, sondern daß den Arbeitern durch Gründung von Siedlungs- und Sparervereinigungen ermöglicht wird, sich ein eigenes Heim zu gründen. (Sehr richtig! links.) Das ist eine viel vernünftigerere Wohnungsfrage, als wenn man die Arbeiter in Bedenken hineinpackt, wodurch man die Wohnstelle von der Arbeitsstelle abhängig macht.

Die Steigerung der Kohlenförderung für den einzelnen Arbeiter kann nur in bedingten Grenzen erfolgen, und sie hängt zusammen mit der besseren Ernährung der Bergarbeiter. (Sehr richtig! links.) Die Ernährung hängt auch heute noch sehr zu wünschen übrig. Wenn hier davon geredet werden soll, daß die Streckenförderung und die Pro- pagation des Streiks im Bergbau ein Verbrechen am Volke ist, so möchte ich sagen, daß es auch ein Verbrechen am Volke ist, wenn die Landwirte die Kartoffeln und die sonstigen Lebensmittel zurückhalten und nicht sofort abliefern, wie sie abliefern sollen. (Sehr richtig! links.) Der Bergmann kann seine schwere Arbeit in der Grube nur mit gutem Appetit ausführen, wenn für seine gute Ernährung gesorgt ist. (Sehr richtig! links.) Ich möchte nicht nur an die Landwirte, sondern an die wälschen Kreise unserer Bewirt- schaftung die dringende Bitte richten, unser Bestreben, den Bergarbeitern auf dem Gebiete der Lohnfrage und der Ernährungsfrage weitestgehend entgegenzukommen, richtig verstehen zu wollen. Es geschieht nicht aus egoistischen Gründen heraus, sondern um des ganzen Volkes willen; weil wir wissen, daß die Kohlenförderung für die ganze Volkswirtschaft ihre große Bedeutung hat.

Ferner müssen verschiedene andere Fragen, die den Bergmann sehr nahe berühren, sobald wie möglich geregelt werden. Nach der Reichs- versammlung unterliegt die Berggesetzgebung jetzt der Reichsgesetzgebung. Wir können also in diesem hohen Hause Beschlüsse in bezug auf die Berg- und Knappheitsgesetzgebung nicht mehr fassen. Es muß dahin gewirkt werden — ich bitte die Staatsregierung ihren ganzen Einfluß in dem Reichsrat bestmöglich einzusetzen —, daß die Reichsberg- und Reichs- knappheitsgesetzgebung in Fluß kommt. Vor allen Dingen muß eine Reform unserer Berginspektion erfolgen, die Festlegung der Arbeitszeit auf gesetzlicher Grundlage, ferner eine Reform unserer Knappheitsge- setzgebung. Auch auf diesem Gebiete sind Vorarbeiten im Gange. Aber es ist hoch gut und notwendig, wenn von der Staatsregierung auf den Reichsrat ein Einfluß ausgeübt wird, diese Dinge sobald wie möglich in Fluß zu bringen.

Bei der Berginspektion kann es unmöglich bei den heutigen Zu- ständen bleiben, daß nur Einfahrer als Aufsichtsborgende der Berginspektion in Tätigkeit treten, sondern es ist notwendig, daß Arbeiterkontrolloren eingesetzt werden. Diese dürfen in ihrer Tätigkeit von keiner Seite be- hindert werden, sie müssen vollständig frei nach eigenem Ermessen und unter eigener Verantwortung handeln können. Die Revisionen der Betriebe sowohl durch den Bergrevierbeamten als auch durch den Einfahrer oder den Arbeiterkontrollor muß ohne Begleitung des Steigers, des Betriebsführers, des Direktors oder der sonstigen Betriebsbeamten er- folgen.

Notwendig ist auch ein ganz anderes Verhältnis zwischen den Be- amten des Bergbaus, sowohl der privaten wie der staatlichen Ver- tretern, und den Arbeitern, sowie auch der Bergrevierbeamten, also der Aufsichtsbeamten. (Sehr richtig! links.) Das Verhältnis von heute und das Verhältnis, wie es in der Vergangenheit gewesen ist, kann unmög- lich in der Zukunft bestehen bleiben, denn die Bergarbeiter haben zu einem großen Teile der Betriebsbeamten wie auch vor allen Dingen zu den staatlichen Aufsichtsbeamten kein Vertrauen. (Sehr richtig! links.) Wenn Vertrauen gegenseitig vorhanden ist, kann die gemeinschaftliche Arbeit in geüblicher Weise erledigt werden. So sagt man, das ist alles ganz gut, aber der Beamte muß doch Autorität ausstrahlen können, er muß doch Autorität für die Arbeiter sein. Meine Damen und Herren, ich glaube denn doch, daß eine Autorität, die sich auf das Vertrauen der Arbeitermassen stützt, ganz anders wirken kann als eine Autorität, hinter der der Beamte nur allein steht. (Sehr richtig! links.)

Auch das Verhältnis der staatlichen Beamten, der Aufsichtsbeamten, zu den Bergarbeitern und zu den Angestellten im Bergbau muß ein ganz anderes werden. Ich habe während der ganzen Kriegszeit an vielen Bergarbeiterversammlungen teilgenommen, wo Beschlüsse der Berg- arbeiter auf allen Gebieten zum Vortrag kamen. Ich habe in diesen Versammlungen, wo man sich mit Lebensmittelfragen beschäftigte, sehr oft Bürgermeister, Stadträte, Konträte oder Beamte der Landratsämter und Stadterwerbungen gesehen und gehört; sie haben zu den Arbeitern gesprochen. Aber ich habe in diesen unglücklichen Versammlungen nicht einen einzigen staatlichen Bergbeamten gesehen, der versucht hätte, nun auch auf diesem Wege den Arbeitern näher zu kommen.

Es muß ein viel innigeres gegenseitiges Verhältnis herbeigeführt werden. Unter dem alten Bergrecht war es anders, da war der Berg- geistliche der Vertrauensmann der Bergleute. So richte an die Staatsregierung die dringende Bitte, mitzugeben, damit dieser frühere Zustand wieder herbeigeführt wird, damit die Vertrauensbeamten wieder zu Vertrauensleuten der Arbeiter werden. (Sehr gut! links.) Hier von dieser Stelle ist im Jahre 1906 von Regierungsseite gegen- über dem früheren konterwärtigen Abgeordneten v. Scheidemann und der Waja gesagt worden: Meine Herren, es handelt sich um die Seele der Bergarbeiter! Ich möchte sagen: trotzdem daß hier von einem Regie- rungsvertreter von dieser Stelle aus gesagt wurde, haben die staatlichen Vertrauensbeamten in der ganzen Zeit nichts getan, um die Seele, d. h. das Vertrauen der Bergarbeiter zu gewinnen. (Sehr gut! links.) Sie kennen den Arbeitermangel, den Arbeiterforderungen weis- treibend gegenüber. Auch im Haushaltsaussschuss haben wir erfahren müssen, mit welcher Willfährigkeit die Vertreter der Staatsregierung, die die Bergverwaltung managen und Anträge, die aus den Kreisen des Aussschusses vorgetragen wurden, gegenüberstanden. So will für das, was ich hier sage, auch den Beweis erbringen. Ich habe Gelegenheiten gehabt, im August d. J. an der Verhandlung in der Lohnfrage im Ruhrgebiet mit der staatlichen Bergwerksverwaltung

teilzunehmen. Die Arbeiter wären mit dem Zugewandten nicht zufrieden, sie beständen die Organisationsleistungen aller Richtungen; es kam da- her die Verhandlung der christlichen Gewerkschaften und auch die katholische Fachabteilung in Frage. Wir wurden bestirmt, weiterzugehen, ja, man verlangte von uns, wir sollten Maßnahmen zur Arbeitsbeschleunigung treffen. Das wollten wir und konnten wir nicht. Wir sagten uns, daß es auch einen Weg geben müßte, um durch Verhandlungen zu einem besseren Ergebnis zu kommen. Wir haben uns an die Stelle, die damals die Macht im Saargebiet hatte, an das Generalkommando, gewandt und haben es gebeten, die Vermittlung in den Lohnverhältnissen zwischen den Bergarbeitern und der Bergwerksverwaltung zu übernehmen. Es kam dann am 28. August d. J. im Generalkommando zur Verhand- lung. Als die Organisationsvertreter dann die Wünsche vorgetragen hatten, da war es der Vorsitzende der Bergwerksdirektion Saarbrücken, Herr Geheimrat Fuchs, der sagte: nach seiner Ansicht wäre das, was in der Lohnfrage bewilligt worden wäre, weitgehend genug, und die Arbeiter wären auch damit zufrieden, wenn nur nicht die Organisations- diktatorien ständen. (Sehr, hört! links.) Also hier war es der Vor- sitzende der Bergwerksdirektion, der es unternahm, die Arbeiterorgani- sationen im Angehänge des Generalkommandos gemeinschaftlich zu be- schuldigen, daß sie die Forderungen waren und deswegen die Bergarbeiter nicht zufrieden wären. In Wirklichkeit war es ganz anders; wir waren, weil wir damals noch die Vermittlung angebahnt hatten, den schwierigsten Vorwürfen aus Arbeiterkreisen ausgesetzt.

So wie es im Saargebiet war, war es auch in anderen Berg- revieren. Das Oberbergamt in Dortmund hat in einer Verhandlung im Jahre 1917, und zwar im Juni, den dringenden Wunsch geäußert, daß die Bergarbeiterorganisationsleistungen mit ihren Beschwerden doch nicht nach Berlin zum Handelsminister, auch nicht zum Generalkommando in Münster, sondern direkt zum Oberbergamt kommen müßten; es wäre gern bereit, die Beschwerden zu untersuchen und Abhilfe zu schaffen. Wir halten nicht viel Vertrauen und große Hoffnung, daß mal viel herauskommen würde; aber wir sagten uns: wir werden doch mal die Probe auf's Exempel machen, und es stellte sich dann bei einer Beschwerde, die 29 Forderungen betraf, heraus, daß wir glücklicherweise nach drei Wo- chen die Zufriedenheit bekamen, daß ein Vertreter des Verbandsvorstandes beim Oberbergamt erschienen und das Ergebnis dieser Untersuchung entgegengenommen hätte. Ich bin damals hingegangen, weil ich die Be- schwerden entgegengenommen und die Eingabe unterzeichnet hatte, und da stellte sich nun heraus, daß in fast allen Fällen den Forderungen Recht gegeben wurde. (Hört, hört! links.) Die Arbeiter hatten eben unrecht.

Nun noch ein weiterer Beweis. Wir haben im Laufe dieses Jahres sehr viele Aufrufe im Ruhrgebiet auf solchen Rechen gehabt, wo früher die Belegschaften für die Organisationsleistungen, ganz gleich welcher Richtung, fast nicht zu haben, wo sie fast durchweg in den gelben Werkvereinen, oder überhaupt nicht organisiert waren. Diese Belegschaften sind nun nach Ausbruch der Revolution und im weiteren Verlauf der Entwicklung auf einmal sehr revolutionär, sehr radikal, sie kamen einfach her und setzten die Betriebsbeamten, die sich früher möglichst gemacht hatten, kurzweg vor die Tür. Da ist von Organisationsleistungen und auch von unserem Kollegen, dem Herrn Staatskommissar Sebring, versucht worden, auszugehen und zu wirken. Mehr als einmal ist speziell Herr Sebring eingeschritten und hat diese Einstellungen von Bergwerksbeamten wieder rückgängig gemacht. Im Laufe dieses Sommers kundlich kann infolge von Differenzen die Verwaltung der Zeche Karoline bei Holzwickede im Dortmund'schen Bezirk der Betriebsrat. Die Belegschaft kam, wie man so in der Belegschaft sagt, die Bröden hin, trat in den Streik und sagte: wir lassen uns unseren Betriebsrat nicht mahrgenken. Die Or- ganisationsleistungen haben versucht, zu vermitteln; es gelang nicht. Dann ist der Staatskommissar Sebring angestiegen, er hat Verhandlungen angebahnt. Als alles Verhandeln nichts fruchtete, trat er, um die Belegschaft wieder zur Arbeit zu bringen, die Webersetzung des Betriebsrats an. (Sehr gut! links.) Und dann kam folgendes: Früher, als Kollege Sebring zugunsten der Betriebsverwal- tungen eingeschritten war, ist es dem Oberbergamt, wenigstens nach un- serer Kenntnis, nie eingefallen, zu prüfen, ob der Staatskommissar auch das Recht dazu hatte; aber jetzt, wo er zugunsten der Arbeiter ein- geschritten hatte, da wurde im Oberbergamt gefragt, ob dafür auch die Berechtigung vorlag. (Hört, hört! links.) Und das soll dann eine unparteiische Behörde sein! Meine Damen und Herren, nun wundern Sie sich nicht, wenn unsere Bergarbeiter zu einer solchen Behörde kein Vertrauen haben können. (Sehr richtig! links.) Und dann kam folgendes: Und wenn Sie sich den Bericht der staatlichen Gewerkschafts- beamten und der Bergbehörden zur Hand nehmen und in einigen Ab- schnitten einmal nachlesen wollen, wie die Herren Bergrevierbeamten über die Behandlung der Lohnfrage und das Ausstreiken der Arbeiter- organisationen im Bergbau während des Krieges und im Jahre 1918 urteilen, dann werden Sie auch verstehen, daß die Organisationsleistungen aller Richtungen von diesem Mißtrauen erfüllt sind. Die Organisations- leistungen sind sich bewusst, ihre volle Pflicht und Schuligkeit getan zu haben; sie haben gemeinschaftlich gearbeitet und versucht, die Interessen der Bergarbeiter natürlich mit dem notwendigen Nachdruck zu vertreten. Und die Organisationsleistungen und ihre Mitglieder haben volkwirt- schaftliches Verständnis genug besessen, um sich über manches hinweg- zusehen. Aber wie werden sie da eingeschaltet? Der bereits zitierte Berg- amt Mittelberg im Bergrevier Hamm führt auf Seite 1264 aus, nach- dem er eine Reihe Streiks während des Krieges besprochen hat:

„Entfernt wurden die Streiks im Anfang des Jahres 1918, als politische Bewegungen, Verhinderung der Versorgung des Heeres mit Kampfmitteln ihre eigentliche Ursache waren. Gleichzeitig wurden immer maßvoller werdende Lohnforderungen gestellt.“

Auf Seite 1265 des Berichtes sagt er:

„Hier konnten die Arbeiter nur durch fast völlige Bewilligung ihrer ins Unbegrenzte gesteigerten Forderungen zur Wiederaufnahme der Arbeit bewegen werden.“

Und der Bergrevierbeamte von Saitlingen, Herr Bergrat Schale, erlaubt sich auf Seite 1404 des Berichtes folgende Darstellung:

Die Lohnforderungen, die von den Arbeiterorganisationen auf- gestellt wurden, konnten am Schlusse des Jahres 1918 keine Gren- zen mehr.“

Und auf Seite 1408 behauptet er:

„Die Höhe der Löhne der Arbeiter stand zu der durch den Krieg hervorgerufenen Leistung aller Lebensbedürfnisse in einem unbilligen Verhältnis, als dies in in vielen anderen Kreisen der Bevölkerung der Fall war. Trotzdem trieben die Arbeiterverbände ihre Mitglieder zu immer höheren Lohnforderungen an und nahmen schließlich die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband selbst in die Hand.“

Meine Damen und Herren, wenn derartige Äußerungen in einem amtlichen Bericht, der von unserer obersten Bergverwaltung, dem Han- delsministerium herausgegeben wird, zur Kenntnis der Bergarbeiter kommen, dann muß das die Empörung aller rechtlich denkenden Berg- arbeiter und auch aller rechtlich denkenden Volksgenossen auslösen. (Wab- harte Zustimmung links.) Die Beamten, die hier über unsere Lohn- bewegung in den Jahren 1917 und 1918 urteilen, sind ja gar nicht im Wäls; sie haben nicht einmal versucht, in die Arbeiterverhältnisse hinein- zublicken; denn wenn sie es versucht hätten, dann würden sie feststellen haben, daß die Lohnforderungen und Lohnverhöigungen für die Berg- arbeiter immer erst dann eintraten, wenn vorher eine neue Leistung aller Lebensbedürfnisse eingeleitet war. (Sehr richtig! links.) Wenn man sich das vergegenwärtigt, kann man unmöglich zu einer völlig schiefen Beurteilung der Lage kommen und in solcher Weise, wie es hier geschehen ist, über die beteiligten Arbeiterorganisationen ur- teilen. Nach einer Ausnahme stellen sich im 2. Vierteljahr 1918 die Kosten der Lebenshaltung für eine sechsköpfige Bergarbeiterfamilie auf 37 M. Der Durchschnittslohn der Gauer, der höchst entlohnende Ar- beiterklasse im Ruhrgebiet, stand damals auf 12 1/2 M. pro Schicht, was bei 25 Schichten einen Monatsverdienst von 315 M. ausmachte.

Im Auftrage meiner politischen Freunde muß ich an den Herrn Minister die Frage stellen, welche Schritte er zu unternehmen gedenkt, damit in Zukunft eine solche einseitige Beurteilung der Arbeiterverhält- nisse in einem amtlichen Bericht nicht mehr Platz greift.

Können Sie sich da wundern, meine Herren, wenn in Bergarbeiter- kreisen nach solchen Erfahrungen, wie ich sie eben geschildert habe, die Ansicht vorherrscht, daß die große Mehrzahl unserer staatlichen Berg- beamten, vom obersten bis zum untersten, zu den reaktionärsten Be- amten der alten preussischen Schule gehören? (Zustimmung links.) Hier soll und muß eine Veränderung Platz greifen, wenn ein besseres Verhältnis zwischen den Arbeitern und der Bergbehörde herbeigeführt werden soll. Da hat alles Neben keinen Zweck mehr; hier müssen Laten geschehen. Ich hoffe, daß der Herr Minister in der Lage sein wird, uns die nötigen Aufstellungen zu geben, damit in Zukunft die Arbeiter den Bergbehörden mit größerem Vertrauen entgegenzutreten können.

Dazu ist es notwendig, daß der vom Staatshaushaltsaussschuss an- geordnete Antrag durch den die Staatsregierung erachtet wird, un- geachtet mit den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und An- gestellten Verhandlungen einzuleiten, um die Frage der Einführung von Beiträgen bei den Bergämtern und Oberbergämtern zu regeln, ange- nommen und so schnell wie möglich durchgeführt wird. Nur durch enge

Erklärung mit den Arbeitnehmern... Bergbeamten das Bild von den Arbeiterverhältnissen machen können...

Meine politischen Freunde sehen auf dem Standpunkte, daß nicht nur für die Beamten eine gute Vorbildung notwendig ist...

Kun bezieht sich natürlich - das hat die Begründung der Anträge hier ergeben - Meinungsverschiedenheiten darüber, wie eine bessere Bildung nicht nur der Arbeiter...

Der sonst noch behauptete Einfluß politischer oder religiöser Art auf die Auswahl anzunehmender Schüler hat im allgemeinen tatsächlich nicht stattgefunden.

Zu, meine Damen und Herren, ich muß doch einmal fragen - es ist ja auch nicht notwendig, daß der Unternehmer selbst den Einfluß ausübt...

Es kommt nun noch ein weiterer Einwand. Da wird gesagt, daß durch die Übertragung an den Staat schließlich die finanzielle Belastung des Staates in der gegenwärtigen Zeit sehr groß sein würde.

Dann komme ich zu den Anträgen unter Nummer 1. von denen schon der Herr Berichterstatter gesagt hat...

- 1. daß die Privatbergwerke reiflos aufgehoben, 2. die durch das allgemeine Berggesetz begründeten Ansprüche Privatbergbau auf Verteilung von bergbaulichen gewinnbaren Bodenschätzen...

Meine Damen und Herren, wir haben gestern hier auch eine Debatte über die Sozialisierungsfrage gehabt, und wir haben das Ergebnis nicht dahin entwickelt sehen, daß die Mehrheit dieses Hauses dem Gesetz die Zustimmung nicht gegeben hat...

Der Herr Berichterstatter hat dann gesagt, daß die Mehrheit dieses Hauses dem Gesetz die Zustimmung nicht gegeben hat...

Wir bitten auch die Staatsregierung dringend, dafür zu sorgen, und daß möglichst bald durch ein Reichsberggesetz diese Frage geregelt wird...

Aus der deutschen Arbeiterbewegung. Nachrichten für Ein- und Auswanderer.

Eine Auskunftsstelle des Reichswanderungsamtes befindet sich in Hannover, Mendeckstraße 20. In Bayern ist ein Verein zur Ausbildung deutscher Auswanderer ins Leben gerufen worden...

Internationale Rundschau. Ungarn unter der Diktatur.

Auf der Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Stuttgart hielt der Vertreter des Verbandes der Eisen- und Metallarbeiter Ungarns, Franz Matkics, am 13. Oktober 1919 eine Rede...

Die Unternehmung erklärten, daß sie froh wären, wenn sie ihre Betriebe los würden, da eben alles zugrunde gerichtet war, die Rohmaterialien und die Werkzeugmaschinen fehlten...

In dieser Situation kam es zur Vereinigung der Sozialisten und Kommunisten am 21. März. Ueberall herrschte großer Jubel und Freude. Die Arbeiter glaubten, jetzt sei alles erlunnen...

Unter dem Druck, den die aufgeregte Masse ausübte, machten die Arbeitervereine sich schließlich die Forderungen der Arbeiterkraft zu eigen...

Der Kampf ging weiter. Als die Rumänen mit Hilfe der Franzosen nicht vor Szeged fanden, dankte die Regierung ab, aber es war zu spät...

ins Gebirge hinausgehen, dort Holz schneiden und es verkaufen, damit sie sich noch aufrecht erhalten können.

Die bei uns angeregte Diktatur konnte nicht zu dem erhofften Ziele führen. So viel Mitleid in den Fabriken und den Gemeinden waren, auf so viel Arden und Weisen haben sie gearbeitet...

Knappheitsliches. Vorstandsung des Bochumer Knappheitsvereins.

In der Sitzung vom 13. November lag die übliche Tagesordnung zur Beschlußfassung vor. Einige der geschätzten Mitglieder sind für die Aufhebung der Beschränkungen im Interesse der Arbeiter eingetreten...

Die Beschränkung der vor der Verfassung ausgesprochenen Befreiungen von der Krankenversicherungspflicht ist in elf Fällen verweigert worden...

Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Der Schwan, der Hecht und der Krebs. Eine russische Fabel von J. Strlow.

Wenn Kameraden zankend sich verzeichnen, kann ihre Sache niemals gut gedeihen, sie wird vielmehr zur großen Qual.

Geitung der Belegschaftsbefehle.

Die Befehlsgewaltigkeit der Belegschaftsversammlungen steht leider im ungleichen Verhältnis zu ihrer Zuständigkeit. Nach der Zuständigkeit wird überhaupt nicht mehr gefragt.

Die sachgemäße Beschlußfassung und Verhandlung wird zudem in den Belegschaftsversammlungen immer mehr in Frage gestellt. Wer am meisten schimpft, erhält den größten Beifall.

men den Organisationen haben. Alle Arbeiter... werden und sind ein anderes Feld für ihr Handeln...

Geheimhaltungsgesetz für die Bergarbeiter.

Wie wir schon Ende Oktober d. J. erfahren haben, ist ein Reichsgesetzentwurf in Vorbereitung, um durch großartige Maßnahmen die Wohnungsverhältnisse in den Bergbaugebieten zu bessern...

Die Reichsregierung beabsichtigt, der Nationalversammlung die besten Zusammenfassungen des Entwurfs eines Bergarbeiterheimhaltungsgesetzes vorzulegen...

Der Gesetzentwurf liegt uns noch nicht vor, wir können daher nicht darüber urteilen. Bedenklich erscheint uns aber, daß die Arbeitgeber den Heimhaltungsgesetzen mit angehören sollen...

Hausbrandlofen für Invaliden und Witwen.

Wie wir schon in Nr. 47 der 'Bergarb.-Ztg.' mitteilen, haben am 14. November in Essen Verhandlungen über die Vorsehung mit Hausbrandlofen für Invaliden und Witwen zwischen den Vertretern der Verbände...

Richtlinien über die Abgabe von Hausbrandlofen an Invaliden.

I. Brandlofen erhalten: die über 50 Prozent erwerbsfähigen nichtversicherungspflichtigen und nicht in verdingungspflichtiger Arbeit stehenden...

- 1. Alters- und Altersinvaliden, sofern sie mindestens 5 Jahre im Rheinl.-Bezirk...
2. Unfallinvaliden, die auf einer Verbandszweige durch Unfall Invalide geworden sind...
3. Kriegsdienstbeschädigte Invaliden, die bis zu ihrer Einberufung zum Kriegsdienst auf einer Verbandszweige gearbeitet haben...

Die unter 1-3 bezeichneten Invaliden erhalten die Brandlofen nur im Falle nachgewiesener besonderer Bedürftigkeit und nur dann, a) wenn sie einen eigenen Haushalt führen...

II. Die Brandlofen werden ausschließlich für den eigenen Bedarf und nur ab Rechte gewährt. Ihre entgeltliche oder unentgeltliche Abgabe hat den Ausschluß des Bezugsrechts der Hausbrandlofen zu ermöglichen...

Richtlinien über die Abgabe von Hausbrandlofen an Bergmannswitwen.

- 1. Witwen, deren Ehemänner bis zum Eintritt des Todes mindestens 5 Jahre auf Verbandszweigen und davon das letzte Jahr auf der in Anspruch zu nehmenden Verbandszweige gearbeitet haben...
2. Witwen solcher Belegschaftsmittelglieder, die durch Unfall auf einer Verbandszweige oder aus den unmittelbaren Folgen des Unfalls zu Tode gekommen sind...
3. Witwen von solchen Kriegsdienstnehmern, die bis zu ihrer Einberufung zum Kriegsdienst auf einer Verbandszweige in Arbeit gewesen haben...

Die unter 1-4 bezeichneten Witwen erhalten die Brandlofen im Falle nachgewiesener besonderer Bedürftigkeit und nur dann, a) wenn sie einen eigenen Haushalt führen; b) wenn nicht andere Familienangehörige oder dritte Personen Ernährer oder ihrerseits zum Bezuge von Brandlofen berechtigt sind...

III. An Brandlofen werden pro Jahr bis zu 40 Zeichen und zwar in der Regel 10 Zeichen pro Vierteljahr gewährt. Der Preis beträgt 50 Pf. pro Zeichen. Einmalige Kostensteuern sind vom Empfänger zu tragen.

IV. Im Falle der Wiederbeschaffung gilt das Bezugsrecht vom Tage der Wiederbeschaffung an.

Kontrolle über die Organisationszugehörigkeit.

Die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsminister Schliche am 20. Oktober im Reichstag... über die Kontrolle der Organisationszugehörigkeit auf den Jahren bis hin zur Verhängung...

Bergwerks-Zeitung und Betriebsräte.

Die alle Reichsbergwerke, hier auch die 'Deutsche Bergwerks-Zeitung' immer gegen das Mißbrauchsrecht der Arbeiter und folglich auch gegen die Einwirkung der Betriebsräte...

Essen, 4. November 1919. Herrn J. Sch. Saar h. Bochum, Friedr. Hirt. 11. Wir gratulieren uns, Ihnen unsere 'Deutsche Bergwerks-Zeitung' auf unbestimmte Zeit durch die Post zugewandt, und zwar kostenlos...

Kostenlos soll die Bergwerks-Ztg. danach den Betriebsräten auf unbestimmte Zeit zugewandt werden. Woher? Und auf wessen Kosten? In der Antwort auf diese beiden Fragen liegt des Rätsels Lösung...

Bezirkskonferenz für den Bezirk Gladbeck.

Am 16. November fand in Gladbeck eine Bezirkskonferenz für den Bezirk Gladbeck statt. Wegen der schlechten Witterung und dem schlechten Wetter war es leider 14 Abstellungen nicht möglich...

Aus dem Bericht des 3. Vierteljahres, welchen Bezirksleiter N. v. B. erstattete, ging hervor, daß nach dem Wirkleistungsbildung im 2. Vierteljahr jetzt wieder eine aufwärtsgehende Tendenz zu verzeichnen sei. Gestiegen wurde die Mitgliederzahl um 120, die Einnahmen um annähernd 31 000 Mark...

Ueber den Tarifvertrag erhaltene über die nachträglichen Verhandlungen betreffs Sachschadenskontrollen und Vorkennung von Schäden in der Organisation alles getan werden muß, um im Tarif bestehenden Mängel und Härten zu beseitigen...

Unter Punkt Verchiedenes wird zum Ausdruck gebracht, daß die Invalidenversorgung heute noch viel zu wünschen übrig läßt, hier also die Organisationen eingreifen mögen, um das Los der Armen der Armen besser zu gestalten...

Verhalten an den bewährten Kampfmethoden.

Man spricht heute in radikaler gerichteten Arbeiterkreisen viel von der Notwendigkeit einer neuen revolutionären Gewerkschaftsakt. Die alte ist marodisch und faul und müßte auf den Scheiterhaufen, um verbrannt zu werden...

Wie schon es ist, vom Unternehmertum auch nur einen geringen Vorteil für die Arbeiterklasse herauszuschlagen, das haben die Verhandlungen über den Tarifvertrag für die Bergarbeiter bestätigt. Was waren die vielen Streiks in der Vorkriegszeit...

Den Organisierten kann ich nur zurufen: Haltet fest an den alten Kampfmethoden unter Anpassung an die durch die politische Freiheit erlangene Bewegungsmöglichkeit unter Ausnutzung aller wirtschaftlich-juristischlichen Rechte...

Diese Taktik beizubehalten, ist Pflicht der organisierten Arbeiterschaft. Jede der deutschen Arbeiterschaft, wenn sie heute dem Fortbestand entgegenkämpfen will... Die Technik der Kampfmethoden ist eine Einwirkung der Gardebatterieschützen-Disziplin...

Technische Rothhilfe.

Unter diesem Namen ist eine Einrichtung getroffen worden, die der Technik der Industrie und Landwirtschaft in Notfällen und bei Betriebsstörungen dienlich sein soll. Die Technische Rothhilfe ist eine Einrichtung der Gardebatterieschützen-Disziplin...

Die Verwendung der Technischen Rothhilfe soll sich nach offiziellen Angaben darauf beschränken, lebenswichtige Betriebe in Notfällen und Betriebsstörungen, welche aus den verschiedensten Ursachen, wie Naturkatastrophe, Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, Streiks usw., hervorgerufen sein können, durch Notstandsarbeiten aufrechtzuerhalten...

Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände hat sich ebenfalls mit der Frage des Streikrechts in lebenswichtigen Betrieben beschäftigt und folgende Stellungnahme bekanntgegeben: Die USA erklärt im Streikrecht aller Arbeitnehmer ein unentziehbares Grundrecht...

Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände hat sich ebenfalls mit der Frage des Streikrechts in lebenswichtigen Betrieben beschäftigt und folgende Stellungnahme bekanntgegeben: Die USA erklärt im Streikrecht aller Arbeitnehmer ein unentziehbares Grundrecht...

gierung bisher unangefasste Bedingungen... durch militärische Beschränkungen... Ebenso muß jede mittelbare oder unmittelbare behördliche Unterdrückung...

Der für das Bestehen der 'Rothhilfe' angegebene Grund, daß zur Aufrechterhaltung bestimmter lebenswichtiger Betriebe die Leistung von Notstandsarbeiten beschleunigt werden müsse, ist nicht haltbar. Die gewerkschaftlichen Verbände haben auch bei den härtesten wirtschaftlichen Kämpfen...

Hannover, Braunschweig, Hesse-Nassau.

Lohnzulagen im Oberberg.

Taut Geseh beträgt die Arbeitszeit für Nebertagsarbeiter 8 Stunden, ausschließlich Pause. Die Direktion der Berg- und Hüttenwerke am Oberberg ersucht nun die Arbeiter über Tage, eine achttündige Schicht zu verlassen mit einer Stunde Pause. Dies liegt im Interesse der Werke...

Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Belegschaftsversammlung der Freiw. v. Bürger Werke.

Am 2. November fand im Gasthof Melnauendorf eine Belegschaftsversammlung genannter Werke statt, in welcher in sehr eingehender Aussprache über den Arbeiterausschuß sowie den von Belegschaften ausgearbeiteten Tarifvertrag verhandelt wurde...

Wegen Verlegung der Schichtzeit und einigen Änderungen im Verbandsstatut wurde dem Wunsch der Belegschaft von der Direktion entgegengekommen. Weiter wurde, an die Belegschaft betreffs Erhebung der zurzeit bestehenden Zahlensatz in der Anforderung gestellt...

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 48. Woche (vom 23. bis 29. November) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge...

An die Ortsverwaltungen.

Wir machen darauf aufmerksam, daß volle Mitgliedslisten und -Bücher sowie etwaige Mitgliedsausweise anderer Verbände beim Uebertritt zu unserem Verbande an die zuständige Bezirksleitung zu senden sind. Daraus Instruktion an die Bezirksleitung tritt nur eine Verzögerung ein und bitten wir vorstehendes streng zu beachten...

Betrifft Berufsgruppen der Mitglieder.

Weil die Arbeitsgemeinschaft nach Berufsgruppen gegliedert ist, muß jeder Verband ausführlich mindestens einmal feststellen, in welchen Bereichen die Mitglieder beschäftigt sind. Es ist deshalb bei der nächsten Quartalsstatistik neben der Mitgliederzahl anzugeben, wie viele Mitglieder in den Gruppen: Steinlofen, Braunkohlen, Kali- und Erzbergbau tätig sind...

Betrifft Tarifvertrag für Westfalen.

Den Tarifvertrag für Rheinland-Westfalen haben wir in Prospektform drucken lassen und geben das Stück für 20 Pf. ab. Wer noch welche braucht, kann sie bei den Bezirksleitern des Tuchwebers bekommen. An die Betriebsräte, soweit sie Verbandsmitglieder sind, wird je ein Exemplar durch die Bezirksleitung unentgeltlich ausgehändigt...

Krankenunterstützungs-Auszahlung.

Unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches und des Krankenscheines kann in folgenden Zahlstellen das Krankengeld erhoben werden: Friedendorf, Jochen letzten Sonntag im Monat, beim Kassierer Joh. H. S. n. Frieddorf, Wilschhoffstraße 30 II, vormittags von 8-12 Uhr.

Der Zahlen-Kalender 1920 für Bergarbeiter

ist erschienen und (der hohen Materialkosten wegen) zum Preise von 2,- Mark von uns zu beziehen. Bestellungen erwirken durch die Ortsverwaltungen. G. Sandmann & Co., Dortmund.